



Afrika - Politik

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Beschluss vom 15. März 2016

Afrika ist ein Kontinent der Chancen und Ideen, aber auch voller Herausforderungen: Ein vitaler Kontinent, reich an Menschen, reich an Biodiversität, Bodenschätzen und Ressourcen. Zugleich ein Kontinent der wirtschaftlichen und politischen Gegensätze und klimatischen Extreme. Während viele Staaten Subsahara-Afrikas hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und soziale Entwicklungsfortschritte aufweisen, sind Teile Nordafrikas zunehmend instabil. Viele Hoffnungen des „Arabischen Frühlings“ auf mehr Freiheit, Demokratie und gute Regierungsführung haben sich nicht erfüllt. Die politischen Eliten verfolgen vielerorts prioritär ihre Partikularinteressen, die mehrheitlich im Widerspruch zu unseren Vorstellungen von Freiheit, Demokratie und nachhaltiger Entwicklung stehen. Es gibt bewaffnete Konflikte bis tief in den Sahel hinein, radikalislamische Gruppen gewinnen an Einfluss. Auch die Region der Großen Seen kommt politisch nicht zur Ruhe. Deutsche und europäische Afrikapolitik muss diesen gegensätzlichen Entwicklungen Rechnung tragen. Afrikas Vielfalt erfordert eine sehr differenzierte Wahrnehmung und Berichterstattung sowie unterschiedliche Strategien der Zusammenarbeit, deren Wirksamkeit regelmäßig überprüft und angepasst werden muss.

Die Begegnung mit afrikanischen Ländern auf Augenhöhe stellt ein tragendes Element des deutschen Engagements für den afrikanischen Kontinent im Rahmen der Politik der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dar. Dabei stützen wir uns auf ein Wertefundament, das die Einhaltung der Menschenrechte, Frieden, Rechtsstaatlichkeit, freie Ausübung der Religion sowie freien und fairen Handel als Grundvoraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben der Völker benennt.

Ein prosperierendes Afrika, dessen Menschen ein Leben in Frieden, Sicherheit, Freiheit, Achtung von Menschenrechten und Wohlstand führen können, ist im überragenden Interesse Europas und Deutschlands. Deshalb werden wir die afrikanischen Partner weiter bei der Umsetzung ihrer jeweiligen Entwicklungsstrategien unterstützen. Die zentrale Verantwortung liegt jedoch bei den afrikanischen Ländern selbst. Unser Ziel ist ein Afrika möglichst frei von militärischen und ethnischen Konflikten, ein in der Weltwirtschaft stärker werdendes Afrika, das seiner Bevölkerung bessere Perspektiven durch mehr Beschäftigungs-, Wertschöpfungs- und Einkommensmöglichkeiten bietet, ein Afrika, das verantwortungsvoll im Umgang mit Rohstoffen, ein Partner bei der Bewältigung des Klimawandels und anderer globaler Herausforderungen wie Terrorismus, Drogen- und Menschenhandel und Wilderei ist.

Die Bevölkerung Afrikas ist die jüngste der Welt. 41 Prozent der Menschen sind unter 15 Jahren. Das Durchschnittsalter liegt afrikaweit bei 19 Jahren, viele Jugendliche und junge Erwachsene sind ohne Beschäftigung, Einkommen und somit ohne Perspektiven. Bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas nach aktuellen Prognosen auf 2 Mrd. Menschen verdoppeln. Afrika wird dann ein höheres Arbeitskräftepotenzial aufweisen als etwa China heute. Das ist Chance und Herausforderung zugleich.

Die Bevölkerung der afrikanischen Staaten benötigt Zukunftsperspektiven. Wer keine Lebensperspektive für sich sieht, macht sich auf den Weg. Schon heute leben rund 35 Mio. Afrikaner nicht in ihrem Heimatland. Ca. zwei Drittel der Migration findet innerhalb der Länder Afrikas statt, ein Drittel außerhalb des Kontinents. Vor diesem Hintergrund unterstützt die CDU/CSU-Fraktion das beim Sondergipfel des Europäischen Rates in Valletta 2015 beschlossene Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Lebensperspektiven in den afrikanischen Ländern.

Im Vordergrund muss die Förderung einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung stehen, die möglichst vielen Menschen in Afrika Bildung, Gesundheit, Ernährung, dauerhafte und menschenwürdige Arbeitsplätze, angemessenes Einkommen und Ernährungssicherheit ermöglicht. Solches Wachstum erhöht das Einkommen und den Lebensstandard der Menschen in ihrer Heimat. Nachhaltiges Wachstum setzt dabei neben ausgebildeten Arbeitskräften Wertschöpfung in den Herkunftsländern durch Forschung, Entwicklung und Verwertung voraus. Es trägt durch die Erhöhung des Einkommens und des Lebensstandards auch dazu bei, Fluchtursachen vorzubeugen.

In das digitale Zeitalter steigt der afrikanische Kontinent direkt mit dem Smartphone ein. Das Bedürfnis nach einer Anbindung ins Web ist groß und vollzieht eine sprunghafte Entwicklung. Das Vertrauen in demokratische Prozesse kann durch einfache Kommunikationswege gefestigt werden. Schon die Übertragung von Wahlergebnissen in Echtzeit erhöht die Transparenz und Glaubwürdigkeit. Neue Technologien und Digitalisierung sind ein wichtiger Faktor, um die Lebensbedingungen der Menschen ganz konkret zu verbessern. Neben Forschungen für die Anpassung von Technologien an afrikanische Bedürfnisse ist Aufklärung durch Bildung unerlässlich.

Durch ihre unmittelbare Nachbarschaft hängen Stabilität und Wohlstand Afrikas und Europas eng zusammen. Deutschland ist im Verbund mit seinen europäischen Partnern zunehmend bereit, eine stärkere friedenssichernde Ordnungsrolle in Afrika einzunehmen und gemeinsam mit den afrikanischen Partnern auf Gefahren für Frieden und Wohlstand zu reagieren und sicherheitspolitische wie soziale und klimabedingte Fluchtursachen zu bekämpfen. Die Umsetzung der bei den Vereinten Nationen 2015 beschlossenen „2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung“ ist dafür zentral. Die deutsche Politik muss diesen Prozess auch in Afrika konsequent unterstützen.

Nur mit einem stabilen, befriedeten Staatensystem mit legitimierten Autoritäten sind politischer Pluralismus und ökonomische und soziale Entwicklung möglich. Um fragile Staaten in stabilere Verhältnisse zu führen, sind kohärente Ansätze und vernetzte Sicherheit notwendig. Derartige Transformationsprozesse erfordern von allen Seiten ein schlüssiges Ineinandergreifen der verschiedenen Politikbereiche, von der Außen- und Sicherheitspolitik über die Entwicklungspolitik bis zur Außenwirtschaftspolitik. Es geht darum, bewaffnete

Konflikte zu entschärfen, staatliche Gewaltmonopole zu sichern, die Regierungsführung zu verbessern und somit die Basis für stabile Lebensverhältnisse und wirtschaftliche Aktivität zu schaffen.

Dazu gehören der Aufbau von wirkungsvollen und funktionsfähigen Zoll-, Steuer- und Justizbehörden, arbeitsmarktorientierten Bildungs-, Qualifizierungs- und Ausbildungssystemen, Investitionen in die Ausbildung der Arbeitskräfte und in wissensintensive Tätigkeiten sowie Überlegungen zu einer Welthandelsordnung, die afrikanische Staaten gleichberechtigt und effizient in globale Wertschöpfungsprozesse einbindet.

Gegenwärtig ist die Zahl der erwachsenen Analphabeten auf dem afrikanischen Kontinent weltweit am höchsten: 29 Prozent der Männer und 46 Prozent der Frauen in Subsahara-Afrika können nicht lesen oder schreiben. Einer Fortschreibung dieser katastrophalen Bilanz bei der stark wachsenden Bevölkerung muss mittels breit angelegter Bildungs- und Berufsbildungsinitiativen unbedingt vorgebeugt werden. Dabei gilt es, die Wirksamkeit bisheriger Berufsbildungsaktivitäten zu prüfen und bei neuen Initiativen unter Umständen notwendige Anpassungen vorzunehmen. Bildung ist der Schlüssel für eine bessere und selbstbestimmte Zukunft. Bildung bekämpft entwicklungshemmende Umstände wie Korruption und ungleiche Wohlstandsverteilung. Es muss einen allgemeinen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung in allen Bereichen geben.

Gleichzeitig fehlt es in Subsahara-Afrika an Hochschulen- und an Forschungszentren. Es besteht somit die Gefahr, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in andere Länder abwandern. Ziel muss es sein, Länder beim Wandel zur Wissensgesellschaft zu unterstützen. Dabei ist die Unterstützung des Kapazitätsausbaus in afrikanischen Ländern ein wichtiges Element. Um Zentren der Exzellenz bilden sich in der Wissenschaft Netzwerke qualitativer Zusammenarbeit. In diese Knotenpunkte zu investieren heißt auch, Potenziale zu stärken und Brücken für nachhaltige Kooperationen zu bauen.

Wir bekennen uns zum Prinzip der afrikanischen Eigenverantwortung. Wir müssen weiterhin bestrebt sein, einzelne afrikanische Partnerstaaten zu ertüchtigen und dafür gegebenenfalls auszurüsten, damit sie selbst für ihre Sicherheit sorgen und das Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols durchsetzen können. Zugleich ist gegen die unkontrollierte illegale Ausbreitung von Kleinwaffen und Munition, die die Entstehung von organisierter Kriminalität und Bürgerkriegen begünstigt, vorzugehen. Um diese Ziele zu erreichen, sind eine enge Kooperation mit der Afrikanischen Union und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften sowie mit den Sicherheitskräften in einzelnen Partnerländern nötig, um staatlichen Missbrauch und transnationalen Waffenhandel zu vermeiden und eine demokratische zivile Kontrolle zu fördern.

Deutschland legt in der Entwicklungspolitik zurecht insbesondere einen politischen Schwerpunkt auf die Ernährungssicherung in Afrika. Nur durch den Aufbau einer effizienten Landwirtschaft, auch mit Klein- und Mittelbetrieben, kann die steigende Nachfrage nach Nahrung auf dem Land und in den wachsenden Städten in Zukunft gesichert werden. Deutschland muss die Länder in Afrika dabei unterstützen, die ländlichen Räume zu entwickeln, ihre Selbsthilfekräfte sowie ihr Wissen zur Optimierung der Ernten zu stärken und zugleich die natürlichen Ressourcen zu schützen. Auch beim Ausbau der nachhaltigen Fischerei kann die Bundesrepublik ein starker Partner sein. Die Fischindustrie schafft auch viele Arbeitsplätze beim Fang und der Weiterverarbeitung und sichert so nicht nur Ernährung, sondern auch das Einkommen ganzer Familien. Ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen des Meeres ist dabei in unser aller Interesse.

Bislang können viele ländliche Regionen in Afrika ihre wirtschaftlichen Potenziale kaum ausschöpfen. Es fehlen Investitionen, gesicherter Zugang zu Land und nachhaltige Anbau- und Fangmethoden sowie die förderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Institutionen. Nötig sind Investitionen in kleinere Handwerksbetriebe und Dienstleistungsbereiche und die Zurverfügungstellung von spezifischen Krediten und Bürgschaften. Auch Mikrokredite und die Förderung von Eigentum sind Möglichkeiten, vor Ort die Autonomie einzelner Menschen und Gruppen zu stärken. Unterstützt werden kann eine positive Entwicklung durch Bildungseinrichtungen speziell für diese Bereiche. Das wiederum wird Auswirkungen auf die Stärkung der Autonomie der einzelnen Menschen in Afrika haben, ihre eigenen Lebensräume selbstbestimmt zu gestalten.

Klimawandel und Umweltzerstörung gefährden die Entwicklungserfolge Afrikas in vielen Bereichen und sind zunehmend Auslöser gewaltsamer Konflikte - sei es durch zunehmende Wasserknappheit oder Verluste an fruchtbaren Böden, Wäldern und Biodiversität. Unkontrollierter Rohstoffabbau und das hohe Bevölkerungswachstum tragen maßgeblich dazu bei. Die Weichen für eine nachhaltige Entwicklung sind vielfach nicht gestellt. Deutsche Entwicklungs- und Klimapolitik muss dem afrikanischen Kontinent bei dieser kritischen Zukunftsaufgabe, einschließlich dem Schutz der Meere, besonderes Augenmerk schenken. Dies ist nicht nur für die Entwicklung Afrikas und das Leben seiner Menschen selbst wichtig, sondern auch für das Weltklima von hoher Bedeutung.

Ein wesentliches Entwicklungshemmnis vieler Länder Afrikas ist die hohe Korruption auf allen Ebenen. Korruption wirkt auf wirtschaftliche Aktivitäten jeglicher Art, bremst die lokale wirtschaftliche Entwicklung und schreckt ausländische Investoren davor ab, in Afrika zu investieren. Überzeugende Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption sind dringend notwendig, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afrika voranzutreiben.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich ein für:

- die **weitere Verstärkung des deutschen Engagements in Afrika** auf der Grundlage unserer Werte, unserer Interessen und unserer Gestaltungsmöglichkeiten in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe, die sich am gemeinsamen Nutzen orientiert.
- wirksame und bedarfsorientierte deutsche Beiträge der **Humanitären Hilfe**, um unmittelbar menschliches Leid im Krisenumfeld zu lindern.
- wirksame Beiträge der **Entwicklungspolitik** und der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit zur Schaffung von Bleibe- und Lebensperspektiven, insbesondere auch zur **Bekämpfung von Fluchtursachen**.
- den **Schutz der Menschenrechte, der demokratischen Teilhabe und Religionsfreiheit** weltweit in Anlehnung an Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.
- die **Intensivierung der Zusammenarbeit mit wichtigen afrikanischen Akteuren, mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft Afrikas sowie die Förderung der regionalen Integration** in enger Abstimmung mit den europäischen, amerikanischen und asiatischen Partnern sowie in Kohärenz mit dem Handeln der Vereinten Nationen .
- die weitere **Förderung der innen- und sicherheitspolitischen Kooperation und Handlungsfähigkeit in Afrika zur Stärkung von Frieden und Sicherheit und zur Bekämpfung von Fluchtursachen**. Dies liegt in unserem Sicherheitsinteresse.
- die **verstärkte Unterstützung der Afrikanischen Union, der afrikanischen Regionalorganisationen wie ECOWAS, EAC, ECCAS oder SADC und der großen afrikanischen Staaten, damit diese bei der Bewältigung von Krisen und Konflikten vollständige Eigenverantwortung – auch im Sicherheitsbereich – übernehmen**. Dabei sind die Prioritäten der Partner zu beachten, afrikanische Lösungen zu berücksichtigen und die afrikanischen Eigenkräfte zu unterstützen. Die Partner müssen schrittweise in die Lage versetzt werden, Krisen vorzubeugen und dem Staatszerfall entgegenzuwirken, um damit Entwicklungschancen zu sichern und negative Einflüsse auf Nachbarregionen wie auf Europa zu verhindern.
- die stärkere **Unterstützung im Rahmen der „Ertüchtigungsinitiative“**. Dafür ist zu prüfen, inwieweit das bisherige Volumen angehoben werden kann. Indem es ausgewählte Partnerstaaten rasch und flexibel im Rahmen seiner Möglichkeiten mit Ausbildung und Ausrüstung unterstützt, leistet Deutschland bereits heute für Stabilität und Sicherheit in Afrika einen unverzichtbaren Beitrag. Auf europäischer Ebene brauchen wir mehr Abstimmung und Transparenz, welche Partnerstaaten für die Ertüchtigungsinitiative ausgewählt und welche Fähigkeiten ausgebildet werden sollen.

- ein weiterhin **starkes und ggf. ausgebaut** Engagement Deutschlands in **EU-Missionen sowie in Friedensmissionen der VN** in Afrika. Die erhebliche Verstärkung der Beteiligung der Bundeswehr an der VN-Mission MINUSMA in Mali zeigt, dass Deutschland sich seiner Verantwortung auch im Rahmen der VN stellt.
- die **vollständige Implementierung des VN-Kleinwaffenabkommens** und die Umsetzung in adäquate nationale Kontrollmechanismen, um die unkontrollierte illegale Ausbreitung von Kleinwaffen und Munition zu unterbinden.
- die **Intensivierung des Austauschs mit afrikanischen Staaten zur wirksameren Bekämpfung des internationalen Terrorismus**. Je schneller und unkomplizierter wir grenzüberschreitend kommunizieren und Informationen weitergeben, umso mehr Erfolg werden wir bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus haben.
- eine **wirksame Kooperation mit afrikanischen Staaten bei der Rückführung ihrer Bürger**, die in Deutschland als Asylbewerber abgelehnt wurden bzw. kein Bleiberecht erhalten. Dabei sollte auch über Anreize aus verschiedenen Politikbereichen (Wirtschaft, Handel, Kultur, Entwicklung etc.) gesprochen werden, die die Rücknahmebereitschaft erhöhen.
- die Förderung **guter Regierungsführung** inkl. öffentlichem Finanzmanagement, Statistikwesen, Steuergerechtigkeit, Dezentralisierung und die Bekämpfung von Korruption als zentralem Entwicklungshemmnis und als Bremse für Investitionen und wirtschaftliche Entwicklung. Hier müssen wir viel robustere Verbesserungen und die strikte Einhaltung von demokratischen Verfassungsgrundsätzen einfordern.
- den weiteren Ausbau der **deutschen Rechtsstaatszusammenarbeit**, um die afrikanischen Eigenkräfte bei Polizei, Justiz und Grenzsicherung für die Konfliktprävention und Konfliktbewältigung und den Aufbau und die Stabilisierung rechtsstaatlicher Ordnungen zu stärken.
- die Stärkung von **kommunaler Selbstverwaltung, Demokratie** und die Unterstützung von **Dezentralisierung**.
- **die Stärkung politischer Stiftungen in ihrer wichtigen Funktion als Mittler außen- und entwicklungspolitischer Ziele**. Durch das Mittel der politischen Bildung können die Stiftungen einen wichtigen Beitrag für Frieden, Freiheit und die Festigung demokratischer Strukturen leisten.
- **die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Strukturen zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen**.
- **stärkere ressortübergreifende Afrikapolitik und eine Vernetzung der Afrika-Aktivitäten aller Ministerien**.
- eine deutsche und europäische **Entwicklungspolitik, die auf Grundlage der nachhaltigen Entwicklungsziele der VN („Agenda 2030“)** einen wirksamen Beitrag zum Abbau von Entwicklungsdefiziten leistet, den Menschen in ihrer

Heimat eine Zukunftsperspektive gibt, Fluchtursachen vorbeugt, Hunger und Armut beseitigt und zu Frieden und Sicherheit beiträgt. Dies reicht von der Bildung, über die Gesundheit (insb. Gesundheitssysteme, Vorbeugung und Bewältigung von Epidemien und tropischen Krankheiten einschließlich der hohen Gefahren durch Schlangenbisse), die Stadtentwicklung, die ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung bis zur Infrastruktur (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, saubere und bezahlbare Energieversorgung, Verkehr), die wieder einen höheren Stellenwert erhalten sollte bis hin zum Aufbau ziviler Strukturen der Krisenprävention und -bewältigung.

- die Entwicklung eines **Modells der privilegierten Zusammenarbeit** mit Staaten, die bereit sind, ihre nationalen Politiken und Reformanstrengungen ganzheitlich auf nachhaltige Entwicklung im Sinne unserer Werteordnung auszurichten.
- eine deutliche Verstärkung der Bemühungen zur Bildung und insbesondere der arbeitsmarktorientierten **Berufsbildung und Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze** als wirksame Maßnahme zur Vorbeugung von Fluchtursachen. Die Expertise der deutschen Wirtschaft kann hier wesentliche Beiträge leisten, z.B. bei der **Qualifizierung von Fachkräften und Herausbildung eines breit aufgestellten wirtschaftlichen Mittelstands**. Ansatzpunkte sind die berufliche Bildung junger Menschen, aber auch die Rahmenbedingungen für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie die regionale wirtschaftliche Integration.
- die Ausweitung und Stärkung **von Austauschprogrammen für Jugendliche und Auszubildende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern** aus afrikanischen Ländern und Deutschland sowie die Ausweitung und Stärkung von Hochschulkooperationen zwischen afrikanischen und deutschen Universitäten.
- **Stärkung der deutsch-afrikanischen Forschungszusammenarbeit** zur gemeinsamen Bewältigung globaler Herausforderungen wie Klimawandel, Ernährungssicherung, globale Gesundheit. Neben der Schaffung nachhaltiger, qualitätsvoller Forschungsstrukturen und deren regionaler Vernetzung soll auch die Qualität regionaler wissenschaftlicher Politikberatung gestärkt werden.
- ein besonderes Augenmerk auf die **Gleichberechtigung**, die Stärkung der Rechte der Frauen, einschließlich ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte, und die Unterstützung von Frauen als Leistungsträgerinnen gesellschaftlicher Entwicklung.
- eine **substantielle Unterstützung** der afrikanischen Partner bei der **Transformation hin zu einer kohlenstoffarmen und klimaresilienten Entwicklung** durch die Finanzierung von Minderungsmaßnahmen, Maßnahmen der Anpassung an den Klimawandel sowie Maßnahmen zum Schutz der Wälder und der Biodiversität.
- eine **Informationspolitik**, die Afrika auch als Kontinent von Chancen und Reichtum darstellt, ohne die vorhandenen Risiken und Herausforderungen zu verschweigen. Das Afrika-Bild ist in der deutschen Öffentlichkeit weiter von Katastrophen, Konflikten, Kriegen und Krankheiten geprägt. Risiken afrikanischer Märkte

werden überbewertet, Chancen unterbewertet. Es fehlt eine differenzierte Sicht auf die vielen Facetten des afrikanischen Kontinents.

- einen möglichst **zügigen Abschluss der DOHA-Entwicklungsrunde** der WTO sowie die **Stärkung der handelsbezogenen Entwicklungspolitik**. Außenhandel ist ein zentraler Faktor wirtschaftlichen Wachstums. Handelsliberalisierungen und freier Zugang zu regionalen und internationalen Märkten tragen jedoch nur dann zur nachhaltigen Entwicklung und Armutsreduzierung bei, wenn einerseits den Erfordernissen der Partnerländer Rechnung getragen wird und andererseits begleitende Reformmaßnahmen vor Ort umgesetzt werden. Der Aufbau entsprechender Kapazitäten im Rahmen der „Aid for Trade“-Initiative sollte weiter verstärkt werden.
- eine **stärkere Begleitung des Afrika-Engagements deutscher Unternehmen durch die Politik**. Insbesondere das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) muss hierauf einen stärkeren Fokus als bisher legen. Deutsche Unternehmen müssen verstärkt für Engagements in afrikanischen Ländern und Märkten gewonnen werden. Der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, für die Afrika bereits ein Schwerpunkt darstellt, und der Außenwirtschaftsförderung kommen hierbei besondere Rollen zu. Die **Förderinstrumentarien sollten den Gegebenheiten der Zielmärkte und den aktuellen Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft angepasst werden**. Es sollte darüber hinaus besser über Möglichkeiten der Minderung und des Managements politischer und wirtschaftlicher Risiken informiert werden sowie die **Möglichkeiten zur Absicherung von Risiken im Afrika-Geschäft mittels Exportkreditgarantien verbessert werden**. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung aufgefordert, sich bei der OECD dafür einzusetzen, dass die Bewertung der Länderrisiken, die auch für die sogenannten Hermesgarantien maßgeblich sind, regelmäßiger aktualisiert wird.
- eine **bessere Koordination und verbrieft Zusammenarbeit der Institutionen und Organisationen der Außenwirtschaftsförderung und der Entwicklungszusammenarbeit**. Die Büros der Auslandshandelskammern (AHK) sind mit ihrer weitreichenden Marktkenntnis vor Ort wichtige Ansprechpartner für die deutsche Wirtschaft. Das Netzwerk der AHK-Büros sollte weiter ausgebaut werden.
- die Eindämmung der Ausbeutung von Bodenschätzen und Arbeitskräften ohne Rücksicht auf international (Vereinte Nationen, Internationale Arbeitsorganisation, OECD) vereinbarte Umwelt- und Sozialstandards. Dazu ist die **Erarbeitung und Umsetzung von verbesserten Zertifizierungssystemen für konfliktfreien und nachhaltigen Rohstoffabbau vor Ort notwendig**. Erlöse aus dem Abbau und Handel von Rohstoffen sollen für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Herkunftsländer genutzt und dürfen nicht zur Finanzierung von insbesondere bewaffneten Auseinandersetzungen verwendet werden. Dazu kann die stärkere Beachtung der Prinzipien der Initiative zur Verbesserung der Transparenz in der Roh-

stoffindustrie (EITI) und die Einrichtung von Rohstofffonds dienen. In diesem Zusammenhang unterstützt die Beratungsinitiative Connex die Partnerländer bei ihren Verhandlungsprozessen mit Unternehmen der Rohstoffbranche.

- **verstärkte Investitionen in die digitale Infrastruktur** als Eckpfeiler für robuste wirtschaftliche und soziale Entwicklung.
- verstärkte Investitionen in **Forschung und Entwicklung** spezieller Sektoren wie z.B. der Verbesserung bei der Lebensmittelverarbeitung und Lagerung, Ernährungssicherheit, Anpassung an den Klimawandel, Gesundheit sowie die Verwertung von Forschungsergebnissen vor Ort. Dazu zählt der bessere Zugang zu **Fernerkundungsdaten** für friedliche Zwecke und eine Förderung der Kapazitätsentwicklung **zur Datenanalyse**.
- die stärkere Einbeziehung der afrikanischen **Diaspora-Netzwerke** in Deutschland in die Entwicklungs-, Forschungs- und die Außenwirtschaftspolitik.

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeber: CDU/CSU- Fraktion im
Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin